Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn,



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

ANZEIGEN-ANNAHME: MÜNCHEN, HERZOG MAXSTRASSE 4

Nummer 42 | München / 5. Jahrgang | 18. Oktober 1918

1918	Wochenkalender	5679	
	Oktober	Cheschwan	Bemerkung
Sonntag	20	14	
Montag	21	15	
Dienstag	22	16	
Mittwoch	23	17	
Donnerstag	24	18	
Freitag	25	19	
Samstag	26	20	

Aufruf!

Nochmals und dringender als je ergeht an alle Juden die Aufforderung, den

Friedensscheck des Jüdischen Nationalfonds

zu zeichnen. Denn der Nationalfonds ist an erster Stelle zur Verwirklichung der ungeheuren kolonisatorischen Aufgaben berufen, die in Palästina sofort nach Friedensschluß unter allen Umständen gelöst werden müssen. Seine finanziellen Mittel verlangen daher eine ganz außerordentliche, die bisherigen bescheidenen Erfolge um das Hundert- ja Tausendfache übertreffende Steigerung: Nur so kann er die Initiative bewahren, die der jetzige historische Augenblick von ihm fordert. Die nächsten Wochen schon können uns den Frieden bringen, noch heute also, noch in dieser Stunde, gilt es, die unbedingt notwendigen Kapitalien bereitzustellen. Niemand darf sich dieser dringendsten Pflicht entziehen, von der in erster Linie die Erfüllung unserer Hoffnungen abhängt!

Jeder zeichne den Friedensscheck!

Scheckformulare hält die Zentrale des Nationalfonds, Berlin W. 15, Sächsische Straße 8, in gewünschten Mengen zur Verfügung.

Zeichnet die 9. Kriegsanleihe!

Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn.



Nummer 42 | München / 5. Jahrgang | 18. Oktober 1918

Der national-jüdische Jugendtag.

Gleich vorweg müssen wir feststellen: Diese Jugendtagung war keine Jugend-Tagung.

Zunächst „Jugend"? „Jugend war freilich das Objekt der Besprechungen, die aber redeten waren zum größten Teil nicht Jugendliche, — die eigentliche Jugend kam fast nur als Opposition zu Wort — und was sie sprachen war zu wenig zur Jugend gesprochen. Schon in einem äußeren Sinn: Die Versammlung bestand nur zum kleinen Teil aus Jugend; insbesondere von den ungefähr 2000 Teilnehmern der Volksversammlung machte die jüdische Jugend höchstens ein Drittel aus. Aber auch in einem geistigen Sinne. Die Worte waren vielfach nicht der jugendlichen Geistesart angemessen. Die besten gerade fanden das Ohr der Jugend nicht. Jugend will einfache Worte, will Wärme, will fortgerissen sein.

„Tagung"? Wenn sonstige Bewegungen „Tage", „Tagungen", „Kongresse" veranstalten, so bedeutet dies eine innere Einkehr, eine Ruhepause der Bewegung zum Zwecke der Besinnung nach innen und der Demonstration nach außen; die anerkannten Repräsentanten der Bewegung geben sich, der Anhängerschaft und der weiteren Öffentlichkeit Rechenschaft über das in gemeinsamer Arbeit Erreichte und über das gemeinsame Programm der Zukunft; die notwendige Gährung und Klärung ist vorhergegangen. Diese jüdische Jugendtagung aber gebärdete sich zeitweise wie die chaotische Geburtsstunde der nationaljüdischen Jugendbewegung und unvermittelt prallten die Gegensätze aufeinander, als ob sie zum ersten Male sich träfen. Das Endergebnis war — keine Resolution. Man ging voneinander mit der „Hatikwah".

Dies bedeutet ein Negatives aber auch ein Positives. Sieghaft brach durch all das Chaos der starke Wille der nationaljüdischen Bewegung zu nationaler Wiedergeburt, das durchaus real gerichtete Palästinasehnen.

Diesem Palästinawillen entsprach auch das einzige wirklich reale Ergebnis der Tagung: Die Gründung der Hechaluz. Ein hocherfreuliches Ereignis!

In dem Drang nach Palästina, zurück zum Landbau auf dem Mutterboden scheint ein großer Teil der nationaljüdischen Jugend einig. Freilich steckt auch hierin viel Unreifes. Es wird sich mancher auf die Landwirtschaft stürzen, der nach Vorbildung und Abstammung dafür nicht paßt. Aber ungeachtet aller Bedenken — die Palästinasehnsucht der naionaljüdischen Jugend Deutschlands ist wertvolles Kapital. Es gehörig zu nützen, wird Sache der Parteileitung sein.

Problematisch, beängstigend ungeklärt blieb dagegen die geistige Grundfrage der Galuth-Jugendbewegung: Die Erziehungsfrage. Ein rein formaler Nationalismus stellte sich mit fast unvermittelter Schroffheit der Richtung entgegen, für die eine jüdische Jugendbewegung ohne spezifisch jüdische geistige und ethische Inhalte nichts ist, als ein Abklatsch irgendwelcher anderer völkischer Jugendbewegungen, Assimilationserscheinung mit nationaljüdischem Stempel.

Daß Hebräischlernen unbedingtes Erfordernis sei, darüber war man sich schließlich doch einig. Das ist freilich wenig genug.

Wir zweifeln nicht, daß der rein formale Nationalismus, der frisch darauf los lebt in der Hoffnung, es werde sich schon etwas Jüdisches dabei bilden, eine Verirrung ist, aber wir zweifeln auch nicht, daß das oben bezeichnete Problem in tiefstem Grunde unlösbar ist. Die Rückkehr zum Judentum in der Diaspora ist nicht zu verwirklichen. Der Westjude, sei er gesetzestreu, sei er Zionist, wird niemals ein volljüdisches Leben führen können. Was im Galuth möglich ist, ist nur Vorbereitung für ein jüdisches Leben in Erez-Israel. Aber Vorbereitung heißt Arbeit.

Es muß gearbeitet werden! In dieser Resolution — wenn sie auch nicht ausdrücklich gefaßt wurde — waren gewiß alle Teilnehmer des nationaljüdischen Jugendtages einig.*)

Süddeutscher zionistischer Gruppenverbandstag.

Am 13. Oktober fand in Nürnberg im Luitpoldhaus der erste süddeutsche zionistische Gruppenverbandstag statt. Die große Teilnehmerzahl — es waren die gleiche Anzahl auswärtiger Gäste wie Einheimische — war ein Beweis für das rege Interesse, welches der Tagung entgegengebracht wurde. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden der Nürnberger Ortsgruppe, Dr. Meinhold Nußbaum, eröffnet, welcher die Wahl des Herrn Jakob Fränkel, München, zum Vorsitzenden für die Tagung beantragte. Als erster Referent sprach Herr Dr. Nußbaum, Nürnberg, über das „Arbeitsprogramm des Gruppenverbandes und der Ortsgruppen für das Jahr 1918/19". Er führte aus, daß die Haupttätigkeit in der Palästinaarbeit zu suchen sei, daß aber auch entsprechende Arbeit für das Galuthjudentum zu tun sei; nachdem der Zionismus die Verkörperung des jüdischen Volksgedankens ist, so daß alle Fragen, die das jüdi-

*) Einen Bericht über die einzelnen auf der Tagung gehaltenen Referate behalten wir unserer nächsten Nummer vor.

sche Volk angehen, Fragen des Zionismus sind. Die Aufgaben, welche sich für die Ortsgruppen ergeben, zergliedern sich in:

1. Einwirkung auf die Außenstehenden durch öffentliche Vorträge, öffentliche Diskussionen über zionistische Themata, Einwirkung durch die Presse, persönliche Einwirkung.
2. Finanzielle Tätigkeit für Palästina, Nationalfond, Friedensscheck, Tschlenowkolonie, Achusa und Hilfswerk.
3. Teilnahme an den anderen jüdischen Unternehmungen, Stellungnahme zu den Logen, Zentralverein, neutralen Jugendvereinen, Mitarbeit in den Kultusgemeindeverwaltungen.
4. Jugendbewegung.

Es wurde von der Versammlung beschlossen, bayerische Gruppenverband durch Anschluß der württembergischen Ortsgruppen erweitert und in einen Gruppenverband Bayern-Württemberg umgewandelt worden sei. Der Gruppenverband bezweckt einen Zusammenschluß der Ortsgruppen zur gegenseitigen Förderung. Jede Ortsgruppe ist verpflichtet, sämtlichen anderen Ortsgruppen spätestens bis zum 3. eines jeden Monats einen Tätigkeitsbericht, sowie bei Beginn des Semesters ihr Programm zu übersenden, um einen Austausch der Redner zu ermöglichen. Der Gruppenverbandsvorstand setzt den Beitrag der Ortsgruppen fest, welcher zur Deckung der Kosten des Verbands und besonders zur Besoldung eines Sekretärs, welcher von München aus angestellt wird, dienen soll. Jede Ortsgruppe ist verpflichtet, eine Pressekommission zu wählen,



die Besprechung erst nach Absolvierung der Rednerliste eintreten zu lassen, worauf Herr Jakob Reich das Wort zu seinem Referat über „Jugendarbeit“ nahm. Der Redner verlangte von den Ortsgruppen weitestgehende finanzielle und organisatorische Unterstützung der Jugendbewegung, welche im übrigen sich ganz selbständig bewegen soll. Das Schwergewicht sei auf die Erziehung der Jugend für das palästinensische Leben zu legen. Herr Reich betonte mit Nachdruck die Wichtigkeit der Volksheime und Jugendgärten und regte deren Schaffung in allen Ortsgruppen an; speziell wies er hin auf die Notwendigkeit der Gewinnung der Ostjuden und der Zusammenarbeit mit diesen. Weiter machte der Redner praktische Vorschläge für die Innenarbeit der Ortsgruppen.

Die Nachmittagssitzung wurde von Herrn Jakob Fränkel mit der Ankündigung eröffnet, daß der welche die Aufgabe hat, für das Parteiorgan, das „Jüd. Echo“ tätig zu sein.

Hierauf nahm Herr Dr. Hantke, Mitglied des E.A.C., aus Berlin, zu einem zweistündigen Referat über das Thema: „Politische Lage des Zionismus“ das Wort.

Der Redner verbreitete sich über die momentane politische Lage des Zionismus; auch er betonte die Notwendigkeit der Unterstützung der Jugendbewegung, die Heranziehung der Ostjuden und die Schaffung jüdischer Volksschulen. Der Geist in der Jugendbewegung müsse mehr als bisher auf die Unterstreichung des Jüdischen gerichtet sein. Lebhafter Beifall lohnte dem Redner für seine geistvollen Ausführungen.

Hierauf entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über die jüdische Volksschule, die jüdische Jugendbewegung und das „Jüdische Echo“. Folgende Redner ergriffen hierzu das Wort: Dr. E.

Straus-München, Dr. J. Bamberger-Nürnberg, Herr Willard-Stuttgart, Dr. Wolff-Gunzenhausen, Herr Stern-Wiesbaden, Frl. Ellern-Nürnberg u. a. Frl. Rosenblatt-Würzburg ersuchte um Delegierung von Rednern nach Würzburg, worauf sich der Vorstand der Ortsgruppe Nürnberg hierzu bereit erklärte.

Das Schlußwort hatte Herr Jakob Reich-München. Aus der Versammlung wurden folgende Anträge gestellt, welche einstimmig angenommen wurden.

1. Die zum süddeutschen Gruppenverbandstag zu Nürnberg vereinigten Zionisten sprechen dem E.A.C. ihren Dank für die erfolgreiche Tätigkeit aus.

2. Es wird den sämtlichen bayerischen und württembergischen Zionisten empfohlen, das „Jüdische Echo" zu abonnieren und für dessen Verbreitung Sorge zu tragen. Die einzelnen Ortsgruppen sind verpflichtet, auf den Vollzug dieses Beschlusses hinzuwirken.

3. Es sollen Referate verteilt werden über diejenigen Fragen, die für die bevorstehende Friedensarbeit von besonderer Bedeutung sind. So: „Jüdische Volksschule", „Palästinahilfstätigkeit", „Aufklärungsredetätigkeit".

Zur Übernahme dieser Referate haben sich die Herren Dr. Bamberger, Dr. Wolff und die Vorstände des Gruppenverbandes bereit erklärt. In die Vorstandschaft des Gruppenverbandes wurden gewählt: die Herren Jacob Fränkel (Vorsitzender), Dr. E. Straus und Herr Reich aus München; Dr. Nußbaum und Dr. Bamberger aus Nürnberg; Herr Willard aus Stuttgart.

Mit einem Dank an die Versammelten schloß Herr Jakob Fränkel die Tagung.

An den Gruppenverbandstag schloß sich abends ein gemütliches Zusammensein der Zionisten im Café Habsburg an, bei welcher Gelegenheit 10 Bäume auf den Namen des Herrn Dr. Hantke gestiftet wurden. Recha Ellern.

Über die antisemitische Agitation,

die gegenwärtig in Deutschland in bedenklicher Weise sich breit macht, äußerte sich auf dem dieser Tage stattgefundenen Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie der 1. Vorsitzende des Landesvorstandes, E. Auer, München, folgendermaßen:

„Gestatten Sie, daß ich nun auf eine Frage eingehe, die, wie mir scheint, jetzt schon eine wesentliche Rolle spielt, die aber nach allem Anschein nach dem Kriege noch weiter von Bedeutung sein wird. Es ist das die antisemitische Agitation. Aus verschiedenen Orten Nord- und Südbayerns sind mir Zuschriften von Parteigenossen zugegangen, denen ich entnehme, daß auch in unseren Organisationen die Rassenfrage zur Erörterung kommt und daß dabei ein Standpunkt eingenommen wird, der meiner Überzeugung nach falsch ist. Es wird behauptet, daß die Juden in ihrer Mehrheit vom gefährlichen schweren Militärdienst sich systematisch drücken, daß, wenn sie es bei den Druckpunkten zum Vorgesetzten gebracht haben, sie mit den ihnen unterstellten Soldaten und den mit ihnen zum Verkehr gezwungenen Zivilpersonen in der hochfahrendsten und verletzendsten Weise verfahren. Weiter wird gesagt, daß, während diese zum Teil baumstarken Leute sich vom Militärdienst drücken, Frauen und Mädchen im Felde Verwendung finden. In zwei Schreiben wird behauptet, daß die Israeliten für sich Achtung ihrer religiösen Anschauungen verlangen, während sie auf die Gefühle anderer keine Rücksicht nehmen und daß die israelitischen Frauen durch ihren Kleideraufwand geradezu aufreizend wirken. Weiter wird behauptet, daß sie beim Hamstern die wildesten Preistreiber seien, daß diese Preistreiberei noch gesteigert werde durch Warentausch, den sie systematisch und planvoll betreiben.

In einzelnen Städten ist man daran gegangen, Listen anzulegen, und diese Listen bei Behörden einzureichen. Mir wurden mehrere solcher Listen zugeschickt mit der Aufforderung, dieses Vorgehen zu unterstützen und zu fördern. Auf der Liste eines solchen Ortes befinden sich nicht weniger als 60 Namen unter Angabe von Stand und Wohnung.

Ich halte es für vollständig richtig, daß gegen das bestehende Drückebergerunwesen, gegen unsachgemäße Behandlung von Militär- und Zivilpersonen rücksichtslos vorgegangen wird, ebenso gegen Preistreiberei und Warenschieberei, meinetwegen auch gegen auffällige Kleidung. Es sind da eine Unmenge von Mißständen vorhanden, die geradezu himmelschreiend sind. Aber falsch und ungerecht ist es, zu diesen Fragen unter dem Gesichtswinkel der Rassenzugehörigkeit Stellung zu nehmen. Nicht die Rassenzugehörigkeit des einzelnen ist die Quelle dieser Auswüchse, sondern wo derartige Dinge möglich sind, da muß das System falsch sein, nach dem gearbeitet wird. Wir müssen darum mit Ernst und Ausdauer daran arbeiten, allgemein die Verhältnisse so zu gestalten, daß derartige Dinge unmöglich werden.

Wo Mißstände festzustellen sind, müssen wir sie rücksichtslos aufdecken und bekämpfen, der Stand, die religiöse Auffassung oder eine sonstige Rücksicht darf bei uns keine Rolle spielen. Unsere Genossen dürfen sich zur Stärkung der zweifellos vorhandenen antisemitischen Welle nicht mißbrauchen lassen, unsere Organisationen dürfen nicht der Tummelplatz für derartige unwürdige Treibereien werden. Wir treten in unserem Erfurter Programm ein für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Wir wenden uns gegen jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, gleichgültig, ob sie sich richtet gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. Diese Grundsätze halten wir hoch und nach ihnen arbeiten wir auch fernerhin."

Arabische Pressestimmen über den Zionismus.

Die amerikanische Zeitung „The Jewish Correspondent“ hat an alle in Amerika erscheinenden arabischen Zeitungen eine Rundfrage über die Stellungnahme der Araber zur Gründung einer jüdischen Heimstätte in Palästina gerichtet und eine Reihe von Antwortschreiben erhalten.

Der Redakteur der Zeitung „Al-Fatat“ schreibt: „Wir glauben zuversichtlich, daß die Alliierten den Krieg gewinnen werden, daß ihr Sieg den Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit, für die sie kämpfen, Geltung verschaffen wird, und daß sie ihr Versprechen an die kleinen und unterdrückten Völker erfüllen werden. Wir leben in der Hoffnung auf die Verwirklichung dieser Prinzipien, und es wird sicherlich für uns eine Freude sein, ein Volk als Nachbarn zu haben, mit dem wir so viel gemeinsam haben, und Hand in Hand mit ihm am Aufbau einer glorreichen Zukunft unseres Landes zu arbeiten.“

Der Redakteur der Zeitung „Al-Flatat“ schreibt: „Als ich in Syrien war, war ich ein Freund des Zionismus, weil die Juden ein energisches Volk sind, und weil sie das verwüstete Land wieder aufbauen. Ich hoffe, daß die Alliierten nach dem Kriege nicht ein Königreich dulden werden, das auf einer religiösen Körperschaft basiert, sondern daß sie die Errichtung einer Republik mit gleichen Rechten für alle Nationalitäten begünstigen werden.“

In unfreundlichem Sinn äußert sich dagegen der Herausgeber der syrischen Wochenschrift „Fatat Boston“. Als Gründe für seine ablehnende Haltung führt er an:

1. Die Vorstellungen der Zionisten über die ökonomische Kapazität Palästinas sind übertrieben, und die Zionisten scheinen die Forderungen und Interessen der Landeseinwohner zu ignorieren, oder sogar deren Existenz in ihren Plänen auszuschließen.

2. Wir glauben an das vom Präsident Wilson verkündete und von den alliierten Regierungen gebilligte Recht jeden Volkes auf Selbstbestimmung. Daher können wir kaum annehmen, daß die alliierten Regierungen die Errichtung eines künstlichen Staates entgegen den Gefühlen und Wünschen der Handelsbevölkerung unterstützen werden.

3. In Palästina ringen die drei großen Religionen um die Vorherrschaft; das einzige wirksame Band zwischen ihnen ist ein kulturelles, vermittelt durch die arabische Sprache und Literatur. Die zionistische Bewegung ist nicht geeignet, ein solches Band zu festigen.

4. Die einzige Daseinsberechtigung des Zionismus ist nach unserer Ansicht eine religiöse. In einer Zeit, da religiöse Toleranz von allen zivilisierten Völkern als wesentlich für den Fortschritt angesehen wird, scheint uns die zionistische Bewegung daher ein Zurückgleiten in die Vergangenheit zu sein. Die Errichtung eines Staatswesens auf religiöser Grundlage würde nur die Streitigkeiten wieder aufleben lassen, die wir in Palästina auszurotten bemüht sind.

Unsere Haltung gegenüber den Juden, die in Palästina wohnen, ist eine freundnachbarliche... Wir hoffen, daß die zionistische Bewegung ihre Energien mehr auf die Wiederbelebung einer semitischen Kultur richten wird, die in der Vergangenheit in gleicher Weise von Juden und Arabern entwickelt wurde, als auf die Errichtung eines neuen Staatswesens.“

Freundlicher schreibt der Herausgeber der Zeitung „As-Sayeh“: „Es wäre nicht richtig, Palästina von Syrien zu trennen. Ich habe nichts gegen die Juden in Palästina zu sagen, aber es ist nicht richtig, sie Juden zu nennen, weil sie eben Syrier sind. Natürlich müssen sie volle Gleichberechtigung in unserem Lande haben, und wo sie in der Majorität sind, müssen sie auch lokale Autonomie haben. Ich möchte Syrien als eine große Republik sehen, aber meiner Meinung nach ist das Land noch nicht reif für eine solche Regierungsform. Ich würde daher vorziehen, Syrien und Palästina unter dem Protektorat der Alliierten zu sehen, am liebsten Frankreichs, weil dieses Land mehr Interessen in Syrien hat, als irgend eine andere Macht.“

Österreich.

Von der Palästinaabteilung des österreichischen Zionistischen Zentralkomitees. In der ersten Sitzung des vor kurzem gegründeten Arbeitskreises der Palästina-Abteilung des österreichischen Zionistischen Zentralkomitees wurden eine Reihe von Referaten erstattet und Vorschläge zur weiteren Behandlung geprüft. Für die medizinischen Fragen wurde ein Referent bestellt, dessen Vorschläge volle Zustimmung fanden und der zunächst eine Fachgruppe der zionistischen Ärzte bilden wird. Weitere Fachgruppen sind in Vorbereitung. Herr Dr. Steiner legte Entwürfe für eine Kolonisationsgesellschaft und eine Industriegesellschaft vor, deren Grundzüge genehmigt wurden. Ein Komitee von Kaufleuten und Juristen wird die weiteren Schritte zur Gründung der Gesellschaften unternehmen. Dr. Goldhammer referierte über die Vorbereitung von Achusoth, Palästinakursen und eines Führers durch die Palästinaliteratur. Zur Gründung einer

landwirtschaftlichen Schule zwecks Ausbildung von jungen Leuten sind bereits 150 000 Kronen gezeichnet. Weiters wurde die Notlage der hebräischen Lehrer in Palästina erörtert. Es wurde beschlossen, an die Leitung der Sammlungen „Palästina Hilfswerk" und „Jüdischer Opfertag" heranzutreten, damit ein Teil der Gelder zur Unterstützung der Lehrer gewidmet werde. Die Vermittlung von hebräischen Lehrkräften aus Palästina nach Österreich wurde der Studiengruppe für Erziehung übertragen. Der Vorschlag zur Gründung eines Fonds zur Unterstützung des „Hapoël Hazaïr" und der Schomrim wurde zur Beratung in der nächsten Sitzung vertagt.

Ferner wurde beschlossen, freie Diskussionsabende über die prinzipiellen Fragen der Palästinakolonisation zu veranstalten, an denen sich möglichst alle Zionisten beteiligen sollen. Der erste Abend wird demnächst stattfinden und die Frage der „Massen- oder Pionierkolonisation" zur Diskussion gestellt werden, über die Herr Dr. E. Rappeport das einleitende Referat halten soll.

Eine Unterredung des Wiener Oberrabbiners mit Kaiser Karl. Dieser Tage erschien der neue Oberrabbiner Dr. Chajes infolge einer Berufung des Kaisers bei dem Monarchen in Audienz. Der Kaiser erkundigte sich über die Lage der jüdischen Flüchtlinge und der Rabbiner antwortete, daß diese Flüchtlinge großer Not ausgesetzt seien. Die nächste Frage des Kaisers galt der Lage der Ostjuden. Dr. Chajes antwortete, daß ihre Lage mit Rücksicht auf das gespannte Verhältnis der Polen zu den Juden eine schlechte sei. Die einzige Möglichkeit einer Abhilfe liege in der Sicherung der Rechte der Juden als nationale Minderheit. Auf die Frage des Kaisers, was eigentlich Palästina für die Juden bedeute, gab Dr. Chajes die Auskunft, die Juden seien in Tausende und Abertausende von Gruppen zerfallen, von denen jede einzelne um ihre Existenz kämpfen müsse und sich nur wie durch ein Wunder habe erhalten können. Auch die Juden in Abessinien, die seit zwei tausend Jahren von ihren Stammesgenossen getrennt seien, hätten ihre Nationalität bewahrt, doch könne ein Volk seine Existenz nicht auf Wunder aufbauen. Die Juden müßten einen nationalen, religiösen Mittelpunkt haben. Der Kaiser fragte weiter, ob das nur Palästina sein könne. Hierauf erwiderte der Oberrabbiner: „In Palästina haben wir unseren Ursprung und an Palästina hängen wir seit Jahrtausenden mit Liebe und Sehnsucht." „Kann denn Palästina alle Juden aufnehmen?" fragte nun der Kaiser: „Daran wird nicht gedacht", war die Antwort. „Auch zur Zeit des zweiten jüdischen Staatswesens hat der größere Teil der Juden in der Verbannung gelebt und jeder von ihnen hat dem Lande, dem er angehörte, gute Dienste geleistet." Zuletzt informierte Dr. Chajes noch den Monarchen über die Verbreitung der zionistischen Bewegung.

Palästina.

Das Problem des jüdischen Gerichtswesens auf der Konferenz der Juden Judäas. In der dritten Sitzung der zweiten Konferenz der jüdischen Organisationen in Judäa referierte Mardechai ben Hillel Hakahen, der gegenwärtige Vorsitzende des jüdischen Schiedsgerichtes, über die Organisation des jüdischen Gerichtswesens. Er schilderte die Geschichte des jüdischen „Mischpat haschalom" und berichtete über die Popularität, der sich diese jüdische freiwillige Institution unter der jüdischen Bevölkerung erfreute. Auch jetzt sei der Mischpat mit Arbeit überhäuft. Trotzdem das jüdische Gericht keine Polizeigewalt besitzt und nicht einmal über eine religiöse Autorität verfügt, seien seine Beschlüsse stets widerspruchslos von den Parteien anerkannt worden. Der Referent betrachtete das jüdische Gericht als einen integrierenden Bestandteil der Autonomie, als wertvolle nationalpolitische Position, die ausgebaut werden müsse. Er schlug die folgende Einteilung der Gerichtsorganisation vor:

1. Das jüdische städtische Gericht. Erste Instanz: 3 Mitglieder bei Beträgen bis 5000 Fr., Berufungsrecht von 500 Fr. an. Zweite Instanz: 5 Mitglieder bei Beträgen über 5000 Fr. Die Berufung wird an den jüdischen obersten Mischpat haschalom gerichtet.

2. Das Gericht für die Kolonien. Erste Instanz: Jede größere Kolonie wählt ein Gerichtskomitee — „Waad hamischpat" —, das die Streitfragen unter den Mitgliedern der Kolonie schlichtet. Kleinere Kolonien bringen ihre Streitfragen vor den „Waad hamischpat" der benachbarten größeren Kolonien und haben das Recht, zu dem Prozeß einen oder zwei Richter in den „Waad hamischpat" zu entsenden. Berufungen werden an das Zentralgericht der Organisation der jüdischen Kolonien gerichtet. Zweite Instanz: Die Organisation der judäischen Kolonien besitzt ein zentrales Gericht, das aus von verschiedenen Kolonien gewählten Richtern besteht und in zu bestimmenden Sessionen Streitfragen zwischen Privatpersonen und der Kolonie, zwischen Privatpersonen und einer öffentlichen Anstalt, zwischen Kolonien oder — bei größeren Beträgen — zwischen Privatpersonen untereinander, regelt. Berufungen sind zulässig: für Privatpersonen bei einem Mindestbetrag von 20 Lyra, für Kolonien bei einem solchen von 200 Lyra. Die Berufungen werden bei dem obersten „Mischpat haschalom" eingelegt.

3. Der oberste jüdische „Mischpat haschalom. Er besteht aus 9 Mitgliedern: aus dem Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des städtischen Gerichts, dem Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des zentralen Kolonie-Gerichts Judäas und aus 5 gewählten Richtern. Der oberste „Mischpat haschalom" regelt die Berufungsprozesse und Prozesse von prinzipieller und öffentlicher Bedeutung. Er überwacht alle Gerichtsinstitutionen im Land. An diesem Gericht soll sich mindestens ein Jurist und ein Rabbiner beteiligen. Dieser Vortrag rief einen lebhaften Meinungsaustausch hervor. An der Debatte beteiligten sich: Dr. J. Thon, A. Jaffe, I. Wilkanski, H. Slonim, Rabbiner Ostrowsky und der Chacham-Baschi Usiel. Die Vorschläge des Referenten mit den Zusätzen und Änderungen der Debattierenden wurden einer Kommission übergeben. Die gefaßten Resolutionen liegen noch nicht vor. M. Hoofien übermittelte den Beschluß der Regierung bezüglich der Gerichtsfrage. Die Regierung wird dem „Mischpat haschalom" das Recht eines Schiedsgerichts zuerkennen. Die Gerichtsbarkeit des Rabbinatsgerichts wird in Übereinstimmung mit den bestehenden Landesgesetzen bestimmt werden.

Die Lage der jüdischen Kolonien Nordpalästinas. Das Kopenhagener Bureau der Zionistischen Organisation erhielt folgendes Telegramm:

Die Zionistische Kommission besucht zurzeit die Kolonien Nordpalästinas. Sie fand die Lage in Chedera und Sichron verhältnismäßig günstig. Es sind jedoch Geldmittel zwecks Ausbesserung der Farmen und sonstigen Eigentums und zwecks Wiederanschaffung von Vieh notwendig. Ferner sind große Beträge für die Repatriierung der Evakuierten nötig.

Aus aller Welt.

Was wird mit den beßarabischen Juden? Die Nachrichten, die aus Rumänien über das Schicksal der beßarabischen Juden zu uns gelangen, geben zu höchster Beunruhigung Anlaß. Obwohl die Angliederung Beßarabiens an Rumänien weder durch den Bukarester Friedensvertrag noch sonst durch irgend eine europäische Großmacht anerkannt ist, benehmen sich die Rumänen in Beßarabien bereits als die unumschränkten Herren des Landes. Die Schreckensherrschaft des rumänischen Militärs in der ersten Zeit der rumänischen Okkupation haben nunmehr „Maßnahmen" der rumänischen Regierungsgewalt abgelöst, die darauf hindeuten, daß es in der Absicht der rumänischen Regierung liegt, den Beßarabien bewohnenden Nationalitäten — natürlich mit Ausnahme der rumänischen — jene Rechte wieder zu entziehen, die sie bereits als Frucht ihres nationalen Strebens unter russischer Herrschaft erlangt hatten. Die Verordnungen, die die rumänische Regierung seit dem Bukarester Friedensvertrag für die Bevölkerung Beßarabiens erlassen hat, bringen deren nationales Selbstbestimmungsrecht ernstlich in Gefahr. So hat die rumänische Regierung vor einigen Tagen beschlossen, die Gymnasien und Lyceen in Beßarabien fast völlig zu rumänisieren, indem sie festsetzte, daß die rumänische Sprache und eine Anzahl anderer Unterrichtsgegenstände ausschließlich von Lehrern rumänischer Nationalität in rumänischer Sprache gelehrt werden dürfe.

Daß in Rumänien bereits Kräfte am Werke sind, der Autonomie Beßarabiens ein Ende zu bereiten, zeigen manche Stimmen der rumänischen Presse. So veröffentlichte vor einiger Zeit ein bekannter rumänischer Politiker J. Gradisteanu in der Jassyer Zeitung „Evenimentul" einen Aufsatz, in dem er gegen den „Partikularismus" Beßarabiens auftritt, den er als nicht gerechtfertigt bezeichnet. Er rechnet sich aus, daß eine Gefügigmachung der beßarabischen nichtrumänischen Bevölkerung, die bekanntlich 880 000 Seelen beträgt, viel besser bewirkt werden kann, wenn das Land ohne Rücksicht auf diese ansehnlichen Minoritäten Rumänien vollkommen einverleibt und das um Beßarabien vermehrte Rumänien als Nationalstaat behandelt und regiert werden würde. Unter den 800 000 beßarabischen „Fremden" sind diesem Politiker besonders die Juden, die die größte unter diesen Minoritäten darstellen, ein Dorn im Auge, da sie von den „in ihrem Nationalismus noch sehr rückständigen" Rumänen Beßarabiens nur mit großen Schwierigkeiten „aufgesogen" werden könnten.

Auch andere rumänische Blätter wissen ihren Haß gegen die beßarabischen „Fremden" kaum zu zähmen. So ergeht sich das rumänisch-nationalistische Propagandaorgan in Kischinew „Romania Noua" tagtäglich in Lobeshymnen auf das Haupt der rumänischen antisemitischen Partei Cuza und in gehässigen Ausfällen gegen die jüdische Bevölkerung. Auf solche Weise glaubt das von der rumänischen Regierung bestellte Blatt, dessen Redaktion von als besonders wütenden Antisemiten bekannten Einwanderern aus Siebenbürgen geleitet wird, die rumänische Nationalistenpartei in Beßarabien zu stärken.

Bezeichnend ist es auch, daß die rumänische Postzensur in Beßarabien jegliche Korrespondenz in jidischer Sprache **verboten** hat.

Obwohl Kenner der rumänischen Verhältnisse keinen Augenblick daran gezweifelt haben, daß im Falle eines endgültigen Anschlusses Beßarabiens an Rumänien die Autonomie Beßarabiens vernichtet werden würde, so setzt doch diese rumänische Haltung, deren Ziel ja klar ist, die politischen Fähigkeiten der rumänischen Machthaber in ein besonderes Licht. Durch eine derartige Behandlung der nichtrumänischen Elemente Beßarabiens liefert Rumänien das unzweideutigste Zeugnis dafür, daß es unfähig ist, die beßarabische Frage durch eine Angliederung des Landes an sein Gebiet zu lösen. Zusammen mit den beßarabischen Ukrainern, Bulgaren und Russen, die dieser Vernichtungspolitik Rumäniens zum Opfer fallen würden, erheben auch die Juden Beßarabiens den heftigsten Protest gegen eine solche „Einverleibung". Unter diesen Umständen wird die von den Rumänen gewünschte Lösung des beßarabischen Problems auf den heftigsten Widerstand der an den allgemeinen Friedensverhandlungen teilnehmenden Völker stoßen und das jüdische Volk hat allen Anlaß, diesen Widerstand durch seinen festen Willen, seine Volksgenossen in Beßarabien nicht der brutalen Gewalt Rumäniens auszuliefern, noch wesentlich zu stärken.

Über die kulturelle Lage der Juden in Litauen. Unter dem Titel „Di naje behole" schreibt Ben

Schimon in dem Wilnaer Wochenblatt „Unser Ossid“: Eines der größten Kriegsleiden, die über das litauische Judentum hereingebrochen sind, ist die Verringerung seiner jungen Intelligenz. Große jüdische Zentren sind von der Gefahr einer kulturellen Degeneration bedroht. Gleich nach Beginn der Okkupation sind viele junge Leute nach Deutschland ausgewandert, viele hat die Suche nach Arbeit in alle Windrichtungen zerstreut, eine bedeutende Zahl von Studenten und Abiturienten wurden Bremser bei der Bahn. Als endlich die Erlaubnis zur Auswanderung nach Amerika gegeben wurde, ergriff diese Möglichkeit die Jugend wie eine Massenpsychose. Eine ganze Armee jugendlicher Intelligenz ging auf diese Weise dem Lande verloren. Noch gefährlicher aber wurde für die Zukunft des litauischen Judentums der Drang nach Rußland. Die Jugend drängt zu den russischen Hochschulen, die Lehrer werden angezogen durch das breite Arbeitsfeld und die besseren Lebensbedingungen, viele gehen nach Rußland, weil sie dort für sich eine größere Bewegungsfreiheit in der gesellschaftlichen Bewegung erhoffen. Dafür spüren die litauischen Juden einen empfindlichen Mangel an Lehrern, so daß Schulen geschlossen werden mußten.

Ben Schimon spricht geradezu von einer großen nationalen Gefahr, welche durch die gekennzeichnete Entwicklung für das litauische Judentum heraufbeschworen wird.

Das jüdische Vereinshaus.

Eine traurige, aber wahre Geschichte.

In München gibt es eine große Anzahl jüdischer Vereine, von denen jeder seinem besonderen Zwecke dienen soll und alle müssen regelmäßig oder von Fall zu Fall irgendwo mehr oder minder (meist minder) geeignete Unterkunft suchen. Einsichtige haben diesen Zustand seit langem bedauert und das einzige Mittel der Abhilfe, ein würdiges jüdisches Vereinshaus erstrebt, wobei oft genug berechnet wurde, daß damit dem jüdischen Leben Münchens nicht nur eine würdige Stätte bereitet würde, sondern, daß damit sogar eine Menge Geld gegenüber dem jetzigen Zustand erspart würde, der dazu zwingt, für jede Veranstaltung teuere Säle zu mieten. Aber kein Verein ist für sich stark genug, um ein Unternehmen, wie die Schaffung eines jüdischen Vereinshauses allein wagen zu können und ein Zusammenschluß zu diesem Zweck schien unmöglich zu sein — bis sich vor Kurzem ein Weg zeigte, wenigstens einen Teil der Aufgabe zu lösen und die ostjüdischen Vereine für diese Aufgabe zusammenzuschließen, und der Appell zur Schaffung eines gemeinsamen Heims für alle ostjüdischen Vereine weckte größte Begeisterung, die in einer einzigen Zusammenkunft über 40 000 Mark für diesen Zweck brachte und Aussicht auf Beibringung sämtlicher erforderlichen Mittel gab. Das geistige und gesellige Leben der Ostjuden Münchens sollte einen Mittelpunkt erhalten, der Gewähr bot, es in bisher unbekannter Weise zu heben und zu bereichern. Jeder der beteiligten Vereine hatte das Zusammengehen zur Schaffung des Vereinshauses beschlossen — und als die Vorstände am Donnerstag zusammenkamen um die Einzelheiten festzusetzen, brachten sie einander und dem Willen und der Kraft der ostjüdischen Gemeinschaft so viel Mißtrauen entgegen, daß sie das Zusammengehen vereitelten und aus kleinlichen Bedenken die Ostjuden Münchens um ihr Vereinshaus brachten. Von einer Seite verstieg man sich sogar so weit, zu verlangen, daß alle für den e i n e n Verein Talmud Thora-Schule Geld sammeln müßten, von dem dann ein großer Teil den gemeinsamen anderweitigen Aufgaben zu dienen hätte und als dies abgelehnt wurde, zu erklären, daß die finanzielle Basis fehle. So wurde im Wesentlichen von der gleichen Seite das Zusammengehen vereitelt, die es im Rahmen des Talmud Thora-Vereins dadurch unmöglich gemacht hatte, daß sie denselben in unbegreiflicher Weise einer unbedingten Vormundschaft unterstellte. Die Ostjuden Münchens werden sicherlich von ihren Beauftragten dafür Rechenschaft fordern, daß sie ihnen die Hoffnung auf ein jüdisches Haus, das allen dienen und gehören sollte, nahmen. Die Führer des nationaljüdischen Teils aber, die bisher mit unendlicher Geduld und vollkommener Hintansetzung ihrer Person dem Versuche des Zusammenschlusses dienten, werden von jetzt an alle Energie ihrer eigentlichen Aufgabe, der nationalen Erziehung der ostjüdischen Jugend und der nationalen Bereicherung des gesamten ostjüdischen Lebens in München, mit einem Wort: d e m j ü d i s c h e n V o l k s h e i m zuwenden und sie rufen alle auf, die mit ihnen hierin übereinstimmen, ihnen mit allen Kräften zu helfen. Reich.

Feuilleton

Der Rabbi von Rothenburg.

Novelle von David F e u c h t w a n g.

(Fortsetzung.)

Die Hochzeit war für Freitag festgesetzt, wie es damals Sitte war. In aller Frühe rief der Synagogendiener zum Gebete und lud die ganze Gemeinde zum „Mayen“ d. h. zur Feier ein. Die Vornehmsten mit dem Rabbiner an der Spitze der ganzen Gemeinde in festlichem Gefolge führten den glücklichen Bräutigam in den Vorhof der Synagoge. Brennende, geflochtene Wachskerzen wurden vorangetragen und klingendes Musikspiel begleitete den Zug. Die Kerzenträger und Musikanten holten dann die Braut mit ihren Freundinnen ab. Wieder bewegt sich der Zug zur Synagoge. Der Bräutigam geht der Braut mit den Honoratioren entgegen, erfaßt die Hand der Braut, während die Frauen beide mit Weizenkörnern bewerfen und dabei spechen: „Er umhege dein Gebiet mit Frieden, sättige dich mit dem Mark des Weizens.“ Goldmünzen, in den Weizen gestreut, sollten die Armen sammeln. Hand in Hand schritt das Brautpaar bis zur Synagogentür. Hier läßt es sich ein wenig auf einer Bank nieder. Schmuckvoll sehen sie aus. Die Braut trägt einen goldgestickten, seidenen Überwurf mit langen, weiten Ärmeln, der weich mit Pelzwerk verbrämt und gefüttert ist; darunter wird das schneeweiße „Sargenes“, das Sterbekleid, sichtbar, ein spinnwebenfeiner Schleier wallt vom Haupte nieder und verhüllt das Antlitz. Auch der Bräutigam ist in festlichem Schmuck. Er trägt ein schwarzes Seidengewand mit offenen Halbärmeln, Kragen und Kapuze; darunter ebenfalls das Sterbekleid; er zieht aber, bevor er in die Synagoge schreitet, die Mitra oder „Gugel“ über das Haupt, wie ein Trauernder. Denn am Tage ihrer höchsten Freude müssen Braut und Bräutigam der Trauer um Zion Ausdruck verleihen. Nun erfolgt der Einzug in die Synagoge unter feierlichen Musikklängen. Der Bräutigam sitzt am Ehrenplatze neben der

heiligen Lade. Das Morgegebet wird verrichtet. Unmittelbar nach Schluß des Gebetes wird die Trauung vollzogen. Die Braut wird von dem Rabbiner aus der Frauensynagoge abgeholt. Unterdes stieg der Bräutigam zur Emporbühne „Almemor" in der Mitte der Synagoge und erwartet die Braut; sobald sie erscheint, berührt er ihr Kleid und stellt sie zu seiner Rechten. Die Mütter des Brautpaares stehen zu beider Seiten. Ein Tallith wird über das Paar gebreitet und der Trauungsakt geht vor sich. Der Bräutigam zog, von den Männern geleitet, in sein Heim; erwartete die Braut am Tore, die unter Musikspiel mit den Frauen in ihr neues Heim einzog. Am Tore erfaßte der Bräutigam die Hand der Braut und legte sie an den oberen Pfosten der Tür, womit er sie als Herrin des Hauses einführte. Am Abend begann im „Brauthause" das allgemeine Fest; die Hauptmahlzeit war Sabbat; am Sabbatausgange ist alles im „Judentanzhaus" versammelt; es herrschen Jubel und Freude. War doch schon tagsüber die ganze Gemeinde auf den Beinen und die Musik verstummte nicht. Nur der Sabbatvormittag-Gottesdienst bildete eine Unterbrechung der Festlichkeit. Aber auch dieser war besonders feierlich. Denn dem Bräutigam zu Ehren wurden besondere Lieder gesungen. Er machte Spenden für Jugendunterricht und Ausstattung von Bräuten und widmete ein reichgesticktes Seidenband zur Umhüllung der Thora. Bei der Heimkehr aus der Synagoge überreichte er seiner Gattin Mantel, Gürtel und Hut, um sie als Teilhaberin seines Vermögens öffentlich anzuerkennen.

Im Judentanzhaus tanzte die Jugend die ganze Nacht und erst am Sonntag mittag war die Feier zu Ende.

Das junge, glückliche Paar mußte bald nach Kostnitz übersiedeln, woselbst Meïr das Rabbinat angenommen hatte. Nicht lange blieb er hier. Man berief ihn nach Nürnberg, wo er mehrere Jahre segensreich seines Amtes waltete. Schon lange begehrte ihn das altehrwürdige Rothenburg zum Rabbiner, wo eine berühmte, wohlhabende Gemeinde blühte, deren Führer keinen sehnlicheren Wunsch hatten, als Rabbi Meïr für sich zu gewinnen.

Mit Freuden folgte Rabbi Meïr dem Rufe, obzwar Rothenburg eine weitaus kleinere Stadt war als Nürnberg; als jüdische Gemeinde war es nicht minder berühmt. Es übte auf Meïr einen eigenen Reiz aus, und namentlich die Rücksicht auf seine Familie, er hatte Söhne und Töchter, bewog ihn das gesunde und herrlich gelegene Städtchen an der Tauber als Amtssitz zu wählen. Auch Martha, seine Gattin, bedurfte des Aufenthaltes in würziger Luft. Und Rothenburg bot das in reichlichem Maße. Auf einem mäßigen Hügelrücken, hinter dichten Buchenwäldern gelegen, war und ist Rothenburg ein Kleinod deutscher Vergangenheit. Vom Städtchen Steinach aus, einer uralten jüdischen Gemeinde, gelangt man auf der Straße Würzburg-München hierher in das „Jerusalem an der Tauber", wie es in den Zeiten der Kreuzzüge genannt wurde, wegen seiner Jerusalem ähnlichen Lage auf langgestrecktem Bergesrücken. Die Hauptstadt des Heiligen Landes ist gefallen, Rothenburg aber steht in seinem unbeschreiblichen Reize bis heute.

(Fortsetzung folgt.)

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Personalien.

Dr. Isaac Heinemann aus Frankfurt a. M. wurde als Dozent an das Breslauer Rabbiner-Seminar berufen. Derselbe wird Talmud, Religionsphilosophie und Homiletik lesen. In Heinemann hat das Seminar eine vorzügliche Wahl getroffen; sein Scheiden aus seinem alten Wirkungskreis wird in Frankfurt a. M. sehr bedauert.

Wie uns aus Ansbach berichtet wird, soll Rabbiner Dr. Pinchas Cohn in nächster Zeit bereits Warschau verlassen, um seinen Rabbinatssitz in Ansbach wieder einzunehmen.

Wiesbaden. Der jüdische Wanderbund „Blau-Weiß" hat vor einigen Wochen sein eigenes Heim bezogen. Wöchentlich finden dort Kurse in jüdischer Geschichte, Literatur und hebräischer Sprache statt. Die Beteiligung bei den Wanderungen wächst zusehends. Die Zahl der Wanderer beträgt 120. Ein Eltern- und Freundesrat wurde gegründet.

Nationalfonds-Spenden: Elisabeth Mahler dankt Familie Bornstein-Wiesbaden und Familie B.

Sulmann-Berlin für die herrliche Aufnahme M. 10.—, dankt Carl Sulmann für das Schirmwettrennen M. 2.—, grüßt ihre Berliner Freunde und Bekannten M. 2.—, grüßt Leni und Evchen Tannwald M. 2.—. Erlös aus dem Verkauf von Wertzeichen M. 30.—. Herr und Frau Gostinski wünschen Herrn und Frau Fleischer zur Geburt ihres Sohnes herzl. Masseltof M. 3.—. Ludwig Langenbach zur Jahrzeit seines im Felde gefallenen Bruders M. 20.—, Oskar Orljanski und Frau Sophie geb. Saposchnik spenden anläßlich ihrer Vermählung M. 50.—.

Dr. Anton Goldscheider-Garten: Geschwister Fleischer pflanzen auf den Namen ihres Neffen Kurt 2 Bäume: M. 12.—.

Münchner Spendenbuch: Julius Bloch und Frau anläßlich des Ablebens ihrer lieben Mutter, Jette Höchstädter, M. 20.—.

Notstandsaktion für Palästina: Anna Knoblauch München, verlorene Wette an Gefreiten M. Pariser, Stuttgart M. 2.—, Rosa Buchaster M. 5.—.

Zionistische Ortsgruppe München. Die Zusammenkünfte der Zionisten Münchens finden von jetzt ab wieder regelmäßig jeden Mittwoch abends 8.30 Uhr im Café Fürstenhof 1. Stock statt. Gäste jederzeit willkommen.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß" München. Sonntag, den 20. Oktober 1918 Treffahrt. 1. Zug: 5.45 Hauptbahnhof. 85 Pfg. 2. Zug: 8.15 Starnberger Bahnhof. 1.05. 3. und 4. Zug: 12 Uhr Starnberger Bahnhof M. 1.10 bezw. 55 Pfg. 1. Gruppe: 7.15 Starnberger Bahnhof. 90 Pfg. 2. Gruppe: 8.15 Starnberger Bahnhof. M. 1.—. 3. Gruppe: 7.30 Starnberger Bahnhof. M. 1.20 bezw. 65 Pfg. 4. Gruppe: 9.30 Starnberger Bahnhof. M. 1.05 bezw. 55 Pfg. Nachzügler können um 1.20 Uhr ab Starnberger Bahnhof nach Gauting nachfahren.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Zu dem am 6. Oktober d. J. in Berlin stattgehabten Turntag des deutschen Kreises der Jüdischen Turnerschaft haben wir vier Vertreter und einen Delegierten entsandt. Das gleichzeitig veranstaltete Sportfest brachte unseren vier Mitgliedern der Sportabteilung sehr erfreuliche Erfolge. Wir konnten in 7 ausgetragenen Konkurrenzen folgende Resultate erzielen: 1. Preis im 200 m-Lauf; 1. Preis im Kugelstoßen; 1. Preis im 800 m-Lauf; 2. Preis im Dreikampf; 3. Preis im 400 m-Lauf; 3. Preis im Kugelstoßen. Über die Leistungen im Einzelnen wird noch später berichtet werden.

Der Turnrat.

Verein Bne Jehuda. Dienstag, den 22. Oktober 1918, Vortrag von Frau Dr. Rahel Straus über „Die Aufgaben der jüdischen Frau". Näheres siehe Anzeige in dieser Nummer.

Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen zeigen hocherfreut an

Adolf Fleischer und Frau Rosa geb. Saposchnik

BY Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, Heppenheim a. d. B.; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstraße 4.